Kammer Konversation mit Rainer Hinderer MdL, SPD

Selbstverständlich ist die Zahnmedizin systemrelevant

Eine Fehlentscheidung sei es gewesen, zunächst die Impfzentren in Baden-Württemberg an den Start zu bringen ohne ausreichenden Impfstoff zu haben. Besser wäre gewesen, wenn mobile Impfteams das zur Verfügung stehende Serum für die Bewohner in Altenpflegeeinrichtungen und das Pflegepersonal verwendet hätten, kritisierte Rainer Hinderer im Gespräch mit LZK-Präsident Dr. Torsten Tomppert die Strategie der Landesregierung. Wie der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion die Einordnung der Zahnärzteschaft nach der Impfverordnung beurteilt und sich zur anstehenden Landtagswahl positioniert, lesen Sie hier.

Dr. Tomppert: Sehen Sie die Zahnärztinnen und Zahnärzte und ihr Personal entsprechend des Risikos und dem berufsbedingt engen Patientenkontakt in der richtigen Gruppe eingeordnet nach der Impfverordnung?

Rainer Hinderer: Die Priorisierung bei der Vergabe des Impfstoffes begrüße ich und kann auch die Einordnung der Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie ihres Personals in der Gruppe mit der zweithöchsten Priorität gut nachvollziehen. Natürlich entstehen bei der Tätigkeit in Zahnarztpraxen hohe Aerosolbelastungen. allerdings sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Zahnarztpraxen auch besonders gut in Hygiene ausgebildet. Zahnärztinnen und Zahnärzte, die in Schwerpunktpraxen zur Behandlung von an COVID-19 Erkrankten arbeiten, gehören meiner Meinung nach in die Gruppe mit der höchsten Priorität - aber so lese ich die Impfverordnung auch, denn in diesen Praxen liegt ein erhöhtes Expositionsrisiko vor.

Wir Zahnmediziner tragen zur medizinischen Grundversorgung in unserem Land bei. Dies anzuerkennen bedeutet für uns, ein deutliches Bekenntnis zur Systemrelevanz der Zahnmedizin abzugeben. Wie beurteilen Sie die Systemrelevanz der Zahnmedizin?

Selbstverständlich ist die Zahnmedizin systemrelevant! Dies hat für mich nie infrage gestanden.

Die Zahnarztpraxen im Land haben durch die Coronapandemie erhebliche finanzielle Einbußen zu beklagen. Dennoch wurde die Zahnmedizin als einziger Heilberuf nicht bei den staatlichen Hilfen berücksichtigt - unter anderem mit dem Argument, wir könnten es nachholen. Dieses Argument greift aber nicht.



Das kann ich gut nachvollziehen. Gleichbehandlung muss sein. Aktuell bekommen wir von vielen Berufsgruppen Rückmeldung. Ich befürworte, dass allen Arzt- und Zahnarztpraxen, die durch die Pandemie finanzielle Einbußen hatten und haben und dadurch womöglich in ihrer Existenz bedroht sind, eine finanzielle Unterstützung gezahlt wurde. Und ich sehe, dass hier eventuell nachgesteuert werden muss, wenn die bisherigen Leistungen über die gesetzliche Krankenversicherung aus dem Rettungsschirm nicht ausreichen. Allerdings bin ich der Meinung, dass das nicht nur die gesetzlich Versicherten und ihre Arbeitgeber zu zahlen haben.

Bei der Verteilung von Schutzausrüstung ist die Zahnärzteschaft ebenfalls unzureichend berücksichtigt worden durch das Land. Nachdem die Körperschaften auf eigene Kosten Schutzausrüstung für die Kollegenschaft angeschafft haben, haben wir bei der Landesregierung um Erstattung gebeten, aber schon zwei Mal eine Absage erhalten. 2021 wird die Schutzausrüstung absehbar erneut Mangelware sein.

Natürlich unterstützt meine Partei die Sicherstellung einer ausreichenden Menge an persönlicher Schutzausrüstung - und zwar für alle, die im medizinischen und pflegerischen Bereich tätig sind! Aus diesem Grund sind wir auch seit Anfang der Pandemie sehr darauf bedacht, dass die Landesregierung in Bezug auf Beschaffungswege von persönlicher Schutzausrüstung, Masken, Medikamenten usw. verlässliche Verträge mit Lieferanten und zuverlässige Regelungen für eine Bevorratung trifft. Mehrfach haben wir diesbezüglich nach konkreten Maßnahmen gefragt. Und selbstverständlich treten wir auch für eine gesicherte Finanzierung von zusätzlich notwendiger und angemessener Schutzausrüstung ein.

Am 14. März 2021 ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Uns interessiert natürlich besonders die Gesundheitspolitik. Wie ist Ihre Bewertung der derzeitigen Situation? An welchen Stellschrauben würden Sie als SPD drehen,

im Falle einer Regierungsbeteiligung?

Obwohl unser Gesundheitssystem sich insgesamt als sehr leistungsfähig und robust erweist, muss es weiterentwickelt werden und wir müssen möglichst schnell an verschiedenen gesundheitspolitischen Stellschrauben nachjustieren. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion verschiedene Positionspapiere und Leitlinien verabschiedet und herausgebracht, vor allem für die Themen Krankenhausplanung, Pflege und (zahn-) ärztliche Versorgung auf dem Land. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen und dringend notwendigen Handlungsschritte können Sie dort nachlesen - wichtig ist mir, dass wir, sollten wir im Regierungsverantwortung übernehmen, schnell die Ärmel hochkrempeln und handeln. Viele Vorhaben, z. B. zur Verbesserung der Situation in der Pflege oder bei der sektorenübergreifenden Versorgung, liegen schon viel zu lange auf Eis; die derzeitige Landesregierung hat vieles verschlafen oder verschleppt.

"Das grün-schwarze Landarztgesetz ist ein Gesetz für die Tonne". Mit diesen Worten bewerten Sie das Gesetz der Landesregierung. Die SPD hat ein eigenes 7-Punkte-Programm für mehr Landärzte vorgelegt. Wie will die SPD stattdessen junge Mediziner aufs Land locken und was kritisieren Sie am grün-schwarzen Landarztgesetz genau? Zahnmediziner stehen vor den gleichen Herausforderungen wie Mediziner. Deshalb interessiert uns natürlich, ob Ihr 7-Punkte-Programm auch für Zahnärzte greift?

Mit meiner ablehnenden Bewertung stelle ich mich klar auf die Seite der Medizinischen Fakultäten, der Studierenden, der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Hausärzteverbandes - lediglich der schwarze Teil der grünschwarzen Landesregierung will dieses teure, ineffektive, nicht zielführende Gesetz, welches von



Gut gelaunt online. Coronabedingt führte LZK-Präsident Dr. Torsten Tomppert die Kammer Konversation mit Rainer Hinderer als Online-Konferenz. Der guten Stimmung tat dies keinen Abbruch.

jungen Menschen eine unverantwortbare, weitreichende Lebensentscheidung fordert. Aus unserer Sicht brauchen wir andere Instrumente bzw. ein ganzes Maßnahmenpaket, um junge (Zahn-) Ärztinnen und (Zahn-)Ärzte aufs Land zu bringen. Dieses haben wir in unserem 7-Punkte-Papier zusammengefasst; es beinhaltet z. B. eine Steigerung der Attraktivität der Allgemeinmedizin an den Universitäten, mehr Lenkung im Studium und in der Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin, Schaffung von Anreizen für die Tätigkeit als (Zahn-)Ärztin oder (Zahn-)Arzt auf dem Land und anderes mehr.

Ja, die im 7-Punkte-Programm vorgeschlagenen Ansätze sind in vielen Punkten auch auf Zahnärztinnen und Zahnärzte übertragbar. Beispielsweise denke ich hier an die Schaffung von Anreizen für eine Tätigkeit auf dem Land oder von Möglichkeiten für in Teilzeit arbeitende Zahnärztinnen und Zahnärzte, den Umfang ihrer ärztlichen Tätigkeit zu erhöhen, durch z. B. den Ausbau von Kinderbetreuung und die Möglichkeit, einen Ganztagsschulplatz zu erhalten. Weiterhin zeigen die Statistiken, dass es immer mehr Zahnmedizinstudentinnen gibt und dass viele Frauen - und auch Männer - eher ein Angestellten-

verhältnis wählen. Auf diesen Trend müssen wir reagieren, indem Möglichkeiten auf dem Land (und in der Stadt) geschaffen wer-

Neben den vulnerablen Patientengruppen sehe ich in dieser Kammerperiode als zweites großes Megathema unseren zahnärztlichen Nachwuchs. Wir werden eine Niederlassungsberatung installieren in der Kammer und wir wollen, dass angehende Zahnmediziner ihre Famulatur in Praxen im ländlichen Raum ableisten. Durch diese Steuerungswirkung erreichen wir eher eine spätere Niederlassung auf dem Land.

Ich denke auch, dass diese Lenkung im Studium zielführender ist als die Landarztquote und eine Niederlassung im ländlichen Raum attraktiver macht.

Ihre Ausführungen beim Landeskongress Gesundheit zum Thema fremdinvestorengeführte MVZ habe ich sehr begrüßt. 2015 wurde die Gründung von arztgruppengleichen MVZ ermöglicht. Was von der Politik positiv intendiert war, hat jedoch durch eine Lücke im Gesetz eine Kapitalanlagemöglichkeit Investorengeld internationales

ZBW 2-3/2021 www.zahnaerzteblatt.de geschaffen, unter anderem für Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften. Arztgruppengleiche Investoren-MVZ entziehen sich der Fachaufsicht durch die Zahnärztekammern und als juristische Personen gelten für sie nicht die allgemeinen Berufspflichten. Warum ist die Politik nicht in der Lage, ein Gesetz zu ändern, wenn es in die falsche Richtung läuft?

Ich gebe Ihnen Recht, bei Fehlentwicklungen muss die Politik nachbessern. Ich werde das Thema mit unseren Bundespolitikern besprechen, damit noch in dieser Legislatur etwas passiert.

Im Landtag habe ich bereits zwei Anträge zu diesem Thema eingereicht, 2018 und 2020. Den Antworten der Landesregierung entnehme ich eine besorgniserregende Zunahme an von nicht von einem Zahnarzt oder einer Zahnärztin verantworteten (zum Teil von internationalen Investoren betriebenen) zahnärztlichen MVZ in Baden-Württemberg. In den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl mehr als verdoppelt und die Zahl der Einzelpraxen geht zurück. Ich empfinde vor allem die aktuelle Antwort der Landesregierung als alarmierend.

In den kommenden zehn Jahren stehen etwa ein Drittel aller Zahnarztpraxen zur Übergabe an, weil die Praxisinhaber in Rente gehen. Das ist ein interessanter Markt für internationale Investoren in Zeiten der Null-Zins-Politik! Teilen Sie unsere Befürchtungen? Wie kann die Politik nachiustieren?

Die im Leistungsrecht der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung abgebildete zahnmedizinische Versorgung darf auf keinen Fall am Ziel der Renditeoptimierung orientiert sein! Durch Fremdinvestoren mit dem alleinigen Ziel der Gewinnmaximierung gesteuerte Angebote haben hier nichts zu suchen! Aus meiner Sicht müssen umgehend Gespräche mit den anderen Bundesländern aufgenommen und gemeinsame Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Wir brauchen Kriterien für die Zahnmedizin, die insbesondere die Zulassung eines zahnärztlichen Medizinischen Versorgungszentrums stärker als bisher regeln und notfalls auch das Handeln internationaler, renditegeleiteter Investoren stoppen könnten. In jedem Fall plädiere ich für eine Veröffentlichungspflicht insbesondere auf dem Praxisschild und auf der Webseite. Patientinnen und Patienten müssen Transparenz über die Inhaberschaft des MVZ bekommen, da sie nur so einschätzen können, inwieweit finanzielle Erwägungen auf die ihnen empfohlene Therapie und ihre Behandlung einwirken.

Herr Hinderer, vielen Dank für das sehr offene Gespräch! Ich schätze Ihre Arbeit und Ihre Unterstützung!

Zu guter Letzt

Am Schluss bitten wir Gesprächspartner*innen unserer Kammer Konversation, eine Auswahl aus sechs Begriffspaaren zu treffen. Rainer Hinderer hat folgende Auswahl getroffen:

1. Badischer Spätburgunder oder schwäbischer Trollinger? In umgekehrter Reihenfolge: Trollinger schön gekühlt und dann der Spätburgunder; beide aber trocken ausgebaut.

2. Bodensee oder Schwäbische Alb?

Schwäbische Alb zum Wandern; vom Bodensee zum Königssee ging unsere letztjährige Fahrrad-

3. Fahrrad oder Mercedes?

Siehe letzte Frage: Fahrradtouren gemeinsam mit guten Freunden wunderbar. Und im Stadtverkehr schlage ich mit dem Fahrrad jedes Auto (brauche und habe aber trotzdem eines).

4. Wibele oder Schwarzwälder Kirschtorte?

Auch Torten gehören leider zu den vielen Dingen, bei denen ich kaum Nein sagen kann.

5. Alltagsmaske oder Einmal-Mund-Nasen-Bedeckung?

Alltagsmaske, gibt's auch mit SPD-Logo; immer häufiger aber FFP2.

www.zahnaerzteblatt.de